

Abonnementspreis für Nichtmitglieder 75 Pf. pro Quartal erst. Bestellsch. Man abonniert bei allen Zeitungs-Redaktionen und Postanstalten, sowie in der Expedition.

Buchbinder-Zeitung.

Redaktion und Expedition: A. Dietrich, Stuttgart, Genslerstraße 30.

Inserate pro 4spaltige Zeitspalte 20 Pf., für Verbandsangehörige 10 Pf. Preisannahme für den Betrag in Reichsmarkens beigefügt, ebenfalls für Abdruck unterbleibt.

Organ des Verbandes der in Buchbindereien, der Papier- und Leder galvaneriewaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 34.

Stuttgart, Sonnabend den 22. August 1896.

12. Jahrgang.

Achtung!

In Berlin stehen die Ledergalanteriearbeiter im Streit; in Breslau die Präger bei der Firma Schunert. Zugang ist streng fernzuhalten. Zugang fernzuhalten nach Stuttgart für Buchbinderei, Kontobuch- und Kartonnagegebrauch. Nach München soll Zugang von Prägern ferngehalten werden.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Ausgeschlossen nach § 6 b im Statut wurde in Brandenburg a. d. S.: David Bindemann, Buchbinder aus Berent (Buchnummer 985). Der Verbandsvorstand. J. A. A. Dietrich.

Bewegungsberichte. (Buchbinder.)

Stuttgart. Eine berat imponente stark besuchte Versammlung der Buchbinderarbeiter und Arbeiterinnen wie am 13. August haben wir in Stuttgart noch nicht gesehen. Der große Saal von R. Weiß war gerückt voll, Gallerie und Bühne vollständig besetzt; spät Ankommen mußte sich begnügen, vom anstehenden Garten aus die Verhandlung mitanzuhören. Besonders auffallend bei der diesmaligen Versammlung war der starke Besuch der Arbeiterinnen, die mit Aufmerksamkeiten den Worten des Referenten lauschten. Kollege Jöhler eröffnete die Versammlung und macht derselben Mitteilung, daß die Lohnkommission, bestehend aus den Kollegen Frey II, Hüber, Schmidt, Maier, Bursi, Mäde und Schöpfer sen. beabsichtigt habe, die Kollegen Dietrich, Jöhler und Reiberg zur Ergänzung der Kommission heranzuziehen. Diese habe nun den Kollegen Dietrich beauftragt, die Leitung der Bewegung in die Hand zu nehmen. Als Schriftführer für die Kommission fungiert Kollege Frey II und für die Versammlungen Kollege Bauspaf. Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

Im Namen der Kommission unterbreitet sodann Kollege Dietrich die zu stellenden Forderungen. Einleitend weist der Referent darauf hin, der überaus starke Besuch der Versammlung lege Zeugnis ab von dem tiefen Interesse, welches die Kollegen und Kolleginnen der Bewegung entgegenbringen. In der That sei es auch nicht übertrieben, der dazu dränge, in eine Lohnbewegung einzutreten, sondern die derzeitigen Arbeitsverhältnisse zwingen mit Notwendigkeit zu diesem Schritt. Die Arbeitgeber sind zwar jetzt schon vom Schreden erfüllt, und suchen nach Mitteln, die Bewegung lahmzuhalten. Aber dieser Widerstand der Prinzipale kann die Kollegen von dem einmal beschrittenen Wege nicht mehr abbringen. Daben erstere nicht bei der Bewegung 1889 daselbst versucht? Sie waren damals gegen Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, wie sie heute gegen die neunstündigen sind. Und trotz alledem errangen die Kollegen sich die zehnstündige Arbeitszeit, 25 Prozent Zuschlag an Lohn für Überzeitarbeit, wesentliche Verminderung der Letzteren und an Stelle des vielfach üblich gewordenen Wochenlohns von 12 M. den Minimallohn von 16 M. Nur für ganz schwache Arbeiter wurde ein Lohn von 14 1/2 M. pro Woche vorgesehen. Diesen letzteren Lohnsatz haben nach und nach einige Unternehmer aber als den gewöhnlich geltenden Minimallohn eingeführt. Die Kolleginnen erreichten 1889 allerdings nur die Verkürzung der Arbeitszeit. Sie hatten an der Bewegung keinen Anstoß genommen und ließen Alles in flüssiger Ruhe über sich ergehen. So kommt es, daß die Löhne der Arbeiterinnen überaus niedrige sind. Zahlreicher Eintritt der Kolleginnen in den Verband beweist jedoch, daß auch hier das Eis zu brechen beginnt und wir auch bei ihnen für Verbesserung ihrer Lage eintreten müssen.

Die von der Kommission vorgeschlagenen Forderungen lauten:

1. Einführung einer wirklichen neunstündigen Arbeitszeit.
2. Eine Verkürzung des seither bezogenen Wochenlohns darf durch die Verkürzung der Arbeitszeit nicht stattfinden.
3. Da wo Stundelöhne bestehen, sind diese entsprechend der Arbeitszeitverkürzung zu erhöhen.
4. Die Akkordpreise sind um 10 Prozent zu erhöhen.
5. Festsetzung eines Minimallohnes von 17 M. für männliche Arbeiter.
6. Die Überzeitarbeit ist möglichst ganz zu beseitigen, Montage und Samstag darf aber in keinem Fall länger als 9 Stunden gearbeitet werden. Die übrigen vier Tage der Woche darf nicht länger als höchstens 3 Stunden pro Tag über Zeit gearbeitet werden.

Für Überzeitarbeit tritt ein Lohnzuschlag von 25 Prozent ein. Bei ausnahmsweise vorkommender Sonntagsarbeit ist ein Lohnzuschlag von 50 Prozent zu bezahlen.

5. Die gesetzlichen und die vom Geschäft eventuell angedeuteten, in die Woche fallenden Feiertage sind ebenfalls zu bezahlen.

Vorliegende, unter 1., 2., 4. und 5. bezeichneten Punkte gelten für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, ob in Wochen-, Stunden- oder Akkordlohn beschäftigt. Die gesetzliche Begründung dieser Forderungen fand den ungeheilten Beifall der Versammlung. Des Weiteren kritisierte Kollege Dietrich auf Schäffle die inhumane Behandlung, welche in vielen Geschäften den Arbeitenden zu Teil wird. Besonders sind in letzter Zeit wiederholt schwere Klagen gegen den Geschäftsführer einer Geschäftsbüchereifabrik geführt worden. Arbeiter und Arbeiterinnen haben da die angenehme Aussicht, mit ausgefüllten Schimpfzettelchen, Beleidigungen und Rohheiten infiziert zu werden. In einer anderen Werkstätte wurde an Stelle der seitherigen Akkordarbeit die Stundearbeit für die Hesterinnen eingeführt, aber nicht etwa zu Gunsten der Arbeiterinnen, sondern in der ausgesprochenen Absicht, bei niedrigem Stundenlohn daselbst Quantum Arbeit zu erzwingen. Hier sehe man ein Stück raffiniertester Ausbeutungskunst. Dabei ist die Arbeit breitet gesundheitsgefährlich. Oftmals verleben sich die Hesterinnen an dem Drabi oder ziehen sich Unterleibsbeschwerden zu, was ja eine Berufskrankheit der Hesterinnen ist. Leider hat es keinen Wert, in unseren Forderungen humane Behandlung zu verlangen; hier kann allein Zusammenhalt und Einigkeit vor jedem Mißbrauch der Gewalt schützen. Wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen einsehen gelernt haben, welche unermesslichen Wert eine feste Organisation hat, dann werden sie auch spielend die ihnen gegenüberstehenden Hindernisse beseitigen. Nicht umsonst werfen die Unternehmer ihren ganzen Haß auf die Arbeiterorganisationen; sie fühlen, daß ihrer Willkür Zügel angelegt werden können. Mögen Kollegen und Kolleginnen sich gelagt sein lassen, daß das, was die Arbeitgeber verprechen, sie schon längst hätten haben können, wenn sie der Organisation angehörten. Zudem ist ein großer Unterschied zwischen Versprechen und Halten. 1889 haben die Prinzipale ihr Ehrenwort schriftlich abgegeben, nichtdestoweniger wurde es vielfach im Laufe der Zeit gebrochen. Unbegreiflich erscheint es daher, wenn Kollegen in einer Werkstätte den sie auf die Bewegung aufmerksam machenden Kollegen die Antwort zu Teil werden ließen, sie haben nicht notwendig, sich zu beurlauben, wenn sie mehr Lohn wollen, werden sie sich schon selber helfen. Wenn es einmal zu spät ist, werden auch diese zur Erkenntnis kommen, wohin sie gehören. Alles Kammerlinden über schlechte Bezahlung hilft nichts, Alle, Kollegen wie Kolleginnen, müssen zusammenhalten, treu zur Organisation stehen, den Kampf, wenn er uns ausgezungen wird, gemeinsam und mit Energie durchzuführen, dann wird und muß sich ein guter Erfolg für Alle zeigen. Leider versäumen oft die Kollegen in unerwarteter Weise, ihren mitleidenden Genossen die richtige Belehrung zu geben. Nun, in verschiedenen Werkstätten hat es eine kräftige, nachhaltig geführte Agitation dahin gebracht, daß in letzter Zeit wieder eine große Anzahl Kolleginnen in die Reihen der Organisation eingetreten sind. Bleiben sie dem Verbands treu, so werden sie im Stande sein, ihre bisherigen Verhältnisse zu ihren Gunsten wesentlich zu ändern. Als der Redner am Schluß seines Referats alle Kollegen und Kolleginnen zur Einigkeit aufforderte, damit die Bewegung siegreich durchgeführt werde, da gab die vielhundertköpfige Zuhörerschaft begeistert ihre Zustimmung.

In der Diskussion wurde von verschiedenen Rednern bemängelt, daß die Forderungen nicht weit genug gingen. Der Minimallohn müsse mindestens 18 M. betragen, und vor Allem müsse die Freigabe des 1. Mai als Feiertag gefordert werden. Andere Redner wieder meinten, die Forderungen solle man so bemessen, daß man sich nicht mehr auf einen Handel einzulassen brauche. Das, was gefordert werde, solle auch streng festgehalten werden. Was den 1. Mai betreffe, sei es zwar schöner, auf die Freigabe zu verzichten, aber es sei nur zu wünschenswert, daß die Arbeitgeber diese Forderung zu berücksichtigen machen würden. Das sei um so sicherer zu erwarten, da auch schon Arbeiter anderer Branchen, die mit den Buchbindern in den gleichen Betrieben arbeiten, auf die Forderung verzichtet hätten. Die betreffenden Arbeitgeber würden sich dafür bedanken, den Buchbindern eine Extrarabatt zu braten. Uebrigens sei es viel leichter, den 1. Mai frei zu bekommen, wenn er nahe bevorstehe, wie wenn man eine derartige Forderung in einer Lohnbewegung erhebe. Man solle die Forderungen so abfassen, daß eine Arbeits-einstellung möglichst vermieden werde. Provozierende aber die Arbeitgeber einen Streit, so solle derselbe auch mit allen Kräften durchgeführt werden. Eine längere Auseinandersetzung entspann sich auch über die Frage, wie lange man den Arbeitgebern Frist zur Beantwortung der Forderungen geben wolle. Schließlich fand der Vorschlag Zustimmung, die Forderungen innerhalb drei Tagen zu versenden und bis spätestens 20. August die Rückantwort der Prinzipale zu erbitten. An diesem Tage soll dann eine weitere große Versammlung stattfinden, die über alle weiteren Schritte zu beschließen habe. Der Antrag, die Freigabe des 1. Mai zu fordern, wurde mit

großer Mehrheit abgelehnt. Eine eingebrachte Resolution, die nochmals die einzeln aufgeführten Punkte enthält und bestimmt, daß die Forderungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen des Buchbindererwerbes gelten, fand einstimmige Annahme und wurde dieses Resultat mit förmlichem Beifall aufgenommen. Die Einleitung und der Schluß dieser Resolution, worüber besonders abgestimmt wurde, fand gleichfalls einstimmige Annahme. Derselbe lautet:

„Die heute am 13. August 1896 im großen Saale von Paul Weiß tagende, von mindestens 600 in Buchbindereien beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen besuchte Versammlung ist der Ansicht, daß die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen in den besagten Berufszweigen unter allen Umständen verbesserungswürdig ist. Aus diesem Grunde stellt die Versammlung folgende Forderungen auf und erwartet von den Arbeitgebern Stuttgarts eine wohlwollende Erwägung der ganzen Sachlage und beifolgt friedlicher Klärung der obigen Angelegenheit deren Genehmigung. (Folgen die oben angeführten Forderungen.) Die Versammlung beauftragt die in der Versammlung vom 8. d. Mts. gewählte Kommission, die vorstehenden Punkte den Arbeitgebern der Buchbindereien und verwandter Geschäftszweige innerhalb drei Tagen zu stellen, den Termin zur Rückantwort bis zum 20. d. Mts. festzusetzen und in thunlichster Weise eine weitere Versammlung anzuuberäumen, in welcher die Stellung der Arbeitgeber zu den Forderungen mitgeteilt wird.“

Kollege Dietrich machte den Vorschlag, als Zeitpunkt, an welchem die aufgestellten Forderungen zur Einführung kommen sollen, den 7. September festzusetzen und die Versammlung beschloß demgemäß. Mit einem kräftigen Appell des Vorstehenden an die Versammlung, am nächsten Donnerstag ebenso zahlreich zu erscheinen wie heute, und mit der Auforderung, die Fernstehenden möchten dem Verband beitreten, schloß die thätigste großartige Versammlung.

Bemerkten wollen wir noch, daß durch einseitige Aenderung von Vertretungsverhältnissen unsere Sache kräftig gefördert wurde. Am Montag und Dienstag nach der ersten Versammlung hatten alle größeren Vertretungen eine Versammlung für sich abgehalten. Hier, wo man die Kollegen am besten alle zusammenbringen kann, liegt ein großer Teil unseres Erfolges. In der Werkstatt sind die Verhältnisse jedem Einzelnen bekannt, so daß die Schwierigkeiten bei der Agitation nicht allzu groß sind. Auch wird durch diese Art der Agitation ein rasches Vorgehen und zielbewusstes Zueinandergreifen zur Möglichkeit gemacht.

Wie wir soeben bei Abfassung dieses Berichtes hören, ist einige Tage nach der Versammlung der Versuch gemacht worden, Uneinigkeit in die Reihen der Kollegen und Kolleginnen zu verpflanzen. In einem Geschäft wurde den Arbeiterinnen gesagt, wenn ihr wirklich schlecht bezahlt seid, warum wendet ihr euch nicht an mich. Nun, die Arbeitenden wissen davon. In einem andern Geschäft wurde den Hesterinnen der Wochenlohn um 50 Pf. erhöht, aber sie möchten ja um Gottes Willen der Bewegung fernbleiben. Die Arbeiterinnen nehmen selbstverständlich die Erhöhung, aber trotzdem werden sie nach wie vor an den Forderungen festhalten. Der Reich gehorchend, nicht dem eigenen Trieb folgend, wurde ihnen eine Erhöhung zu Teil. Mögen die noch fernstehenden die nützliche Lehre daraus ziehen, daß die Prinzipale vor einer einzigen Arbeiterschaft gewaltig Respekt haben.

Mannheim. Die am 15. August im Lokal Geiß dahier abgehaltene öffentliche Buchbinder-Versammlung hatte über folgende Tagesordnung Beschlüsse gefaßt: 1. Die bevorstehende Bewegung im Buchbindererwerb, Referent: Herr Landtagsabgeordneter Anton Geiß. 2. Verkürzung der Arbeitszeit betreffend. 3. Feststellung eines Minimalarbeitslohnes. 4. Bezahlung der gesetzlich angeordneten, in die Woche fallenden Feiertage und der Überstunden betreffend. 5. Wahl einer Kommission zur Durchführung der Beschlüsse.

Beim ersten Punkt der Tagesordnung hielt Herr Geiß ein ausgearbeitetes, ganz auf unsere heutigen Buchbinderverhältnisse passendes Referat, von welchem wir nur kurz einige Momente wiedergeben wollen. Der geschäftliche Niedergang, so führt er aus, welchen wir von Ende der achtziger bis Mitte der neunziger Jahre zu verzeichnen hatten, war die Schuld, warum die Arbeiterbewegung, mit wenigen Ausnahmen, nicht vorwärts kommen konnte. Nachdem aber die letzte Zeit in allen Industriezweigen einen wesentlichen Aufschwung zu verzeichnen hat, dürfen wir unter allen Umständen die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, ohne zum mindesten das getan zu haben, was Arbeitgeber und Kapital thun, welche nach besten Kräften die Gelegenheit auszunutzen suchen. Die Buchbinderorganisation ist seit 1889 mit Ausnahme einiger kleinen Schmälmel in keinem Kampf mehr eingetreten, was auch zur Folge hatte, daß eine wesentliche Zunahme der Mitglieder der Organisation nicht zu verzeichnen ist (19 d. Neb.). Die Schmutzkonkurrenz hat sich entfalten können, welche ihrerseits, um einen Ersatz für den Ausfall ihrer herabgedrückten Preise zu haben, den Lohn des Arbeiters zu erniedrigen und seine Arbeitszeit zu erhöhen suchte, was ihr natürlich in

vielen Fällen gelungen ist. Die in den letzten drei Wochen dahier aufgenommene Statistik weist nach, daß bei 34 Geschäften, die in Buchbindereien beschäftigt sind, der Durchschnittslohn 18,92 M. beträgt, bei 22 in Druckereien u. s. w. Beschäftigten ein solcher von 19,06 M. und bei 9 in kaufmännischen Geschäften Beschäftigten ein solcher von 21,46 M. zu finden. Daraus geht hervor, daß in den beiden ergründeten Fällen — die thürerischen Mannheimer Verhältnisse, hauptsächlich die der Rietze, in Betracht gezogen — die Gehälter zu wenig verdienen, daß die Löhne zu gering sind. Da gibt es sogar Arbeiter, welche 8, 9, 10, 12 u. s. w. Mark Wochenlohn bekommen und dadurch rein verkommen müssen. Deswegen ist es notwendig, durch Festlegung eines Minimallohnes, der vorhandenen Statistik entsprechend, Remede zu schaffen. — In gleichem ungünstigen Verhältnis steht auch die Arbeitszeit. Es arbeiten 1 Arbeiter 12 Stunden, 27 Arbeiter und 9 Lehrlinge 11 Stunden, 5 Arbeiter 10 1/2 Stunden, 15 Arbeiter 10 Stunden, 11 Arbeiter 9 1/2 Stunden, 4 Arbeiter 9 Stunden, 1 Arbeiter 8 Stunden. Die Arbeitszeit ist wiederum durch Verkürzung zu regeln und ersucht Redner, nur ältere, tüchtige und womöglich solche Kollegen in die Kommission zu wählen, welche eine Maßregelung nicht zu befürchten haben. Das jura einstündige Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen und nach langer Debatte folgende Forderungen festgesetzt:

1. In denjenigen Geschäften, welche 11 Stunden arbeiten, soll die 10stündige, in denjenigen, welche 10 Stunden arbeiten, die 9stündige, beziehungsweise mit Frühstücks- und Vesperpause die 9 1/2stündige Arbeitszeit eingeführt werden.

2. Der Minimallohn beträgt 18 M. Für angeleitete Lehrlinge, welche bei ihrem Lehrmeister noch eine Zeit lang bleiben, 15 M.

3. Für Überzeitarbeit bis Abends 10 Uhr 25 Prozent Lohnzuschlag pro Stunde, für Sonntagsarbeit u. s. w. 50 Prozent mehr pro Stunde. Ferner sind die gesetzlichen Feiertage, welche in die Woche fallen, zu zahlen.

Nachdem die Wahl einer fünfgliedrigen Kommission vorgenommen war, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute den 15. August in Mannheim tagende öffentliche Buchbinder-Versammlung hält ein energisches Vorgehen zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen für die aller nächste Zeit für unbedingt notwendig. Derselbe beauftragt eine aus ihrer Mitte gewählte Kommission mit den nöthigen Arbeiten. Alle anwesenden Kollegen verpflichten sich, ihre gerechten Forderungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln und Wege zur Durchführung zu bringen.“

Mit der Aufforderung, daß nach alle Fernstehenden sich dem Verbands anschließen sollen, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf das Gelingen unserer Sache geschlossen.

Berlin. Gegen 2000 Personen hatten sich am Dienstag den 11. August in Kellers großem Festsaal zu der öffentlichen Versammlung eingefunden. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung: „Der Streit, ein Mittel zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen.“ Da der Referent noch nicht erschienen war, richtete Kollege Schreiber an die Versammlung einige einleitende Worte. Obwohl die Geschäftskonjunktur eine steigende ist, sind unsere Löhne derartige, daß wir durch einen Anstieg derselben aufbessern müssen. Löhne von 4, 5 und 6 M. für Arbeiterinnen und 15 M. und darunter für Buchbinder sind keine Seitenhiebe. Die Buchbinder sind bei den anderen graphischen Berufsgenossen, die schon Lohnbewegungen hinter sich haben, wegen der also großen Bekleidende beziehungsweise der Löhne geradezu berüchtigt. Obwohl die Mitgliederzahl der Organisation erfreulich zunehme, sei sie doch noch nicht stark genug, um siegreicher zu sein.

Unterdessen war der Referent, Stadtverordneter Witt, erschienen. Er führte ungefähr aus: Der Sinn der Worte: „Der Streit ein Mittel zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen“, soll der sein: Wenn die Lage so schlecht ist, daß sie zu einem Streit zwingt, dabei die Aussicht vorhanden ist, daß der Streit mit einem Erfolg abschließen, dann ist der Streit ein Mittel zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Streit ist aber ein zweischneidiges Schwert und kann denjenigen schmer verleben, der es führt. Der Arbeiter muss lernen, die Waffe mit Geduld zu führen. Jeder Mensch wird durch seine umgebenden Verhältnisse zu handeln bestimmt. Die Verhältnisse der Buchbinder in Berlin sind äußerst ungünstige und es ist ganz begründet, daß der Drang zur Verbesserung besteht — wo die Presse ihr Rietze, Kleidung und Lebensmittel so hohe sind wie in Berlin, ist es unmöglich, mit einem Durchschnittslohn von 18 M. ein anständiges Leben zu führen. Von den Forderungen, die die Buchbinder stellen, müsse er sagen, daß dieselben sehr bekleidende wären, und bei gegebenem Nachdruck der der Sieg so gut wie sicher. Man solle die Massen organisieren und mit den Unternehmern verhandeln, wenn es möglich ist, etwas auf friedlichem Wege zu erringen. Allein mit dem Gut in der Hand ist der Arbeiter mit Lohnforde-

der Leipziger Werkslubenagitation, durch die der Verband von 380 auf 500 und dann auf 706 Mitglieder wuchs; der Fachverein zählt nur noch 365.

Carl Schulze Berlin hatte viel schlechter laute Berichte erwartet, jetzt zeigt es sich, daß man in Hamburg, Berlin und Leipzig Muth hat und Hand in Hand gehen will.

Es werden nunmehr Einzelheiten über die beste Art des Vorgehens, über den Tarif zc. besprochen und eine völlige Uebereinstimmung wird erzielt.

Am 1 Uhr beginnt die Mittagspause; bei Wiedereröffnung der Verhandlungen kurz nach 2 Uhr legen Klotz und Wittich folgende Resolution vor:

Auf Grund der vorgetragenen Situationsberichte ist die Konferenz zu der Ueberzeugung gelangt, daß ein Vorgehen zum Zwecke der Verbesserung der Lohnlage unserer Kollegen sehr am Platze ist.

Die Konferenz vertritt indessen keineswegs die Schwierigkeiten, die einem solchen Vorgehen entgegenstehen, und leitet sie aus den besondern lokalen und Branchensverhältnissen ab, daß die Bewegung sich diesen Verhältnissen anpassen hat.

Als Grundlage der Verhandlungen werden die Vorschläge des Verbandvorstandes akzeptiert mit dem Hinzufügen, daß für Berlin und Leipzig Nachdruck auf die Bemühung der aufgestellten, zum Theil noch abzuändernden Tarife zu legen ist.

Alle Städte werden ersucht, nach Möglichkeit mit in die Bewegung einzutreten und wo nicht selbständig Vorschläge aufgestellt werden können, doch die Arbeit für solche Orte zu verrichten, wo die Lohnbewegung in einen Streit überzugehen droht.

Die Konferenz spricht die Erwartung aus, daß die Kollegen aller Orte, den Ernst der Zeit begreifend, ihre ganze finanzielle Spannkraft anstrengen, um die vorhandenen Kampfsmittel unverzüglich zu vermehren.

Wittich begründet dieselbe kurz. Man habe Einzelheiten nicht aufgenommen; es genüge, die Grundlinie festzustellen. Es sei ja auch möglich, daß noch Änderungen in den beteiligten Städten vorgenommen würden; jedenfalls dürfe man keinen Ort die Bewegungsfreiheit nehmen.

Die Resolution wird einstimmig angenommen; der letzte Satz wird auf gleichfalls einstimmigen Beschluß nachträglich zugefügt.

Um alle falschen Auffassungen über das Wesen der Konferenz zu beseitigen, bringt Og. Schmidt Berlin folgende Resolution ein:

Die freie Konferenz erklärt, daß sie keineswegs beabsichtigt, in die Geschäfte des Verbandvorstandes einzugreifen, noch konnte sie dazu führen, irgend welche Zersplitterung innerhalb unserer Organisation herbeizuführen, vielmehr sollte sie ausschließlich dazu dienen, eine Aussprache der Vertreter einzelner Städte zu ermöglichen, um die Bewegung einen einheitlichen Charakter zu verleihen.

Auch diese Resolution wird einstimmig gutgeheißen. Eine kurze, wenige Minuten wärende Aussprache findet dann noch statt über den Antrag Wänders betr. Abhaltung eines Verbandstages.

Die Resolution wird einstimmig angenommen; der letzte Satz wird auf gleichfalls einstimmigen Beschluß nachträglich zugefügt.

Die Resolution wird einstimmig gutgeheißen. Eine kurze, wenige Minuten wärende Aussprache findet dann noch statt über den Antrag Wänders betr. Abhaltung eines Verbandstages.

Das Ergebnis war, daß die Kommission Herrn Rieger einen spezifischeren Vorschlag zur Annahme unterbreiten solle. Der § 31 der Fabrikordnung soll gestrichen werden. Sämtliche Streikenden mit Ausnahme von einem sollen wieder eingestellt werden.

Genosse Bösch hielt unter großen Beifall einen Vortrag über: Beseitigung des Privatgeheimnisses. Eine Diskussion fand nicht statt.

Die heutige Mitgliederversammlung erklärt, daß sie die in Nr. 32 der „Buchbinder-Zeitung“ gestellten Anträge der Mitgliedschaft München ablehnt und zwar: 1) weil dieselben statutenwidrig sind; 2) weil die Mitgliedschaft Berlin die Abhaltung eines Verbandstages zu kurz vor der bereits in mehreren Orten eingeleiteten Lohnbewegung für verfehlt erachtet und der Hauptzweck, dem dieselbe dienen soll e, die Regelung der Lohnbewegung, bereits durch die freie Konferenz erfüllt wurde.

Dinzj erucht im Namen der Vereinigungs-Kommission nochmals um schleunige Abrechnung der Wiletts vom guten Montag. Gleichfalls machte er auf unser diesjähriges Sanjournee-Vergnügen aufmerksam und macht dazu die Mitteilung, daß mit dem Wiletts hierzu bis spätestens vier Wochen nach demselben abgerechnet sein muß.

Magdeburg. Am 15. d. M. fand unsere vierteljährliche Generalversammlung statt. Als erster Punkt der Tagesordnung stand Kassen-, Bibliotheks- und Arbeitsnachweis-Bericht. Kollege Debrich gab den Kassenbericht. Nach demselben belaufen sich die Einnahmen in der Kassa auf 238,88 Mk., die Ausgaben auf 73,96 Mk., so daß ein Kassenbestand von 164,92 Mk. bleibt.

Der zweite Punkt der Tagesordnung beschäftigte uns mit der Bekanntmachung des Verbandvorstandes in Nr. 32 der „Buchbinder-Zeitung“. Es entpann sich darüber eine lebhafte Debatte. Nachdem die Angelegenheit von allen Seiten betrachtet war, wurde folgende Resolution angenommen:

Die Generalversammlung der Mitgliedschaft Magdeburg vom 15. d. M. mißbilligt das Vorgehen der Berliner und Münchener Mitgliedschaften und beschließt, sich voll und ganz nach der Bekanntmachung des Verbandvorstandes in Nr. 32 der „Buchbinder-Zeitung“ zu richten.

Es ist ganz schon gelagt, einen Verbandstag abzurufen, aber wir müssen auch mit den finanziellen Verhältnissen rechnen, denn ein Verbandstag kostet Geld. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß sich das der Verbandsvorstand wohlweislich überlegt hat.

Osnabrück. In der am 5. August stattgefundenen öffentlichen Versammlung hielt zunächst Genosse Kimmel einen Vortrag über Lohn- und Klassenkämpfe im modernen Rechtsstaat. Der Vortrag, der mehrfach Illustrationen zu dem Ausdruck des preussischen Justizministeriums: „Wenn Zwei daselbe thun, ist es nicht daselbe“ lieferte, wurde mit Beifall aufgenommen.

Die öffentlichen Versammlungen in Leipzig werden eine Woche vorher in der „Buchbinder-Zeitung“ und einen Tag vorher in der „Schäffischen Arbeiterzeitung“ bekannt gegeben.

Der Kollegen zu einer Bewegung zu erhalten. Außerdem müsse ja der Delegierte ein gebundenes Mandat in Betreff der aufzustellenden Forderungen mitbekommen und das könne man doch jetzt noch nicht. Vorst vertritt demgegenüber noch einmal seinen Standpunkt. Kollege Glau hält eine Besichtigung der Konferenz für notwendig und erläutert an einem Beispiel, wie die Kollegen durch Einigkeit etwas errungen haben; freist jedoch die Verhältnisse der Junang, dafür eintridend, daß wir nicht an dieselbe herantraten, sondern gegen die einzelnen Kräfte vorgehen. Eine ehrenvolle Niederlage ist besser, als wenn wir die Hände feige in den Schooß legen.

Kollege Wäch wendet sich gegen Grimm, hervorhebend, daß zwar keine Beschlüsse in Braunschweig gefaßt werden können, wir uns aber immerhin dort sehr gute Anregungen holen können. Wir, die wir den ganzen Sommer für einen Verbandstag gekämpft haben, können doch unmöglich jetzt, wo uns die Gelegenheit zur Aussprache gegeben wird, durch Abwesenheit glänzen. Erklärt sich auch mit den Ausführungen des Kollegen Glau einverstanden. Wenig hebt hervor, daß wir hier hauptsächlich mit dem Kleinmüßthum zu rechnen haben, welches theilweise sehr schlechte Löhne zahlt. Gegen dieses muß hauptsächlich vorgegangen werden. Gerade die älteren Kollegen stützen sich bei ihrem Austritt aus dem Verband darauf, daß bis jetzt am Ort so wenig erreicht ist. Berndt erklärt sich gegen die Konferenz, Kimmelberger und Wittich sprechen sich für die Konferenz aus, desgleichen Kollege Schuchard, welcher dem Verbandsvorstand die Schuld für das schlechte Resultat der Urabstimmung zuschreibt, derselbe habe durch seine Ueberlassung der Angelegenheit und durch das Nichtzutreten aus seiner Reserve sehr viel dazu beigetragen, daß der Karren jetzt so verfahren sei. Bei der Abstimmung wird beschlossen, einen Delegierten nach Braunschweig zu entsenden, und wird hierzu Kollege Kimmelberger gewählt. Darauf Schluß der Versammlung.

In der am Samstag den 8. August stattgefundenen Mitgliederversammlung sprach der Reichstagsabgeordnete v. Elm über das Thema „Politik und Gewerkschaft“. Anknüpfend an den in Berlin im Mai stattgefundenen Gewerkschaftskongreß, dessen minimale Leistungen Redner durch die ungünstigen Verhältnisse, sowie durch die noch immer bestehenden Differenzen über die Form der Organisation zu erklären sucht, gibt er einen kurzen Ueberblick über die bereits früher gemachten Vorschläge der General-Kommission und deren Aufnahme in den Gewerkschaften. Der Vorschlag der General-Kommission, einen öffentlichen Gewerkschaftskongreß betreffend, sei seinerzeit von der Mehrheit der Zentralvorstände gutgeheißen worden, jedoch nicht zur Ausführung gelangt, da die in der Minderheit gebliebenen Organisationen die Mehrzahl der Mitglieder in sich vereinigt hätten. Redner wirft nun die Frage auf: Haben die Gewerkschaften ein Interesse daran, sich mit den sozialpolitischen Fragen (Vereinerrecht, Koalitionsrecht u. s. w.) zu beschäftigen? und bejaht dieselbe unbedingt. In erster Linie ist es unsere unglückliche Vereinigungslosigkeit, welche die Gewerkschaften hindert, sich so auszubreiten, wie sie wohl möchten, deshalb

fürten dieselben auch, so lange wie es überhaupt Gewerkschaften gibt, einen passiven Kampf mit den Einzelregierungen gegen sie besonders bindernde Paragraphen oder Auslegungen derselben. Hauptsächlich ist dies ja der § 8 des famosen preussischen Vereinsgesetzes, der den Gewerkschaften jeden Augenblick als Knüttel zwischen die Beine geworfen wird. Als Beispiel führt Redner das Vorgehen der hannoverschen Behörden vor Augen. So hat der Polizeipräsident von Hildesheim unter der Regide des national-liberalen Herrn v. Weniglein sämtliche dort existirenden Gewerkschaften für politisch erklärt. Diefen schönen Beispiel sind nun Hannover und in neuerer Zeit auch Hamburg gefolgt, wo kürzlich die über 2000 Mitglieder starke Mitgliedschaft des Land- und Fabrikarbeiterverbandes aufgelöst wurde. Aehnlich, wo nicht noch schlimmer, geht man in Sachsen und Bayern vor. Es ist nun nicht zu leugnen, daß derartige Exzesse die Organisationen stark lähmen. Die Mehrzahl der Arbeiter ist leider zu unelbständig, um sich als Einzelmitglieder ihren Organisationen anzuschließen; es bedarf eben theilweise eines starken moralischen Druckes, um die große Masse zusammenzubalten, der ja leider in solchen Fällen nicht ausreicht werden kann. Ebenso wichtig wie das Vereinsrecht ist aber für die Arbeiter ein freies Koalitionsrecht. Redner bezeichnet die Erkämpfung eines solchen als die vornehmste Aufgabe der deutschen Arbeiter. Es seien ja allerdings von der sozialdemokratischen Fraktion bereits mehrfach diesbezügliche Anträge gestellt, doch sie sind nicht genehmigt. Von den Arbeitern selbst müsse dies in die Hand genommen werden. Bevor nicht starke, festgeschlossene Organisationen vor den Thoren des Parlaments ständen, würden wir dies nie erhalten. Redner verweist dann auf die englischen Arbeiter, welche sich auch ihr Koalitionsrecht erkämpft hätten. In jener Zeit, als es den englischen Arbeitern bei hohen Strafen verboten war, sich zu organisiren, hat man geheime Organisationen gegründet, welche unter einem Decknamen vor der Öffentlichkeit existirten. Und durch diese, sowie durch die mit unerschütterlicher Energie durchgeführten Kämpfe, in Verbindung mit einem gezielten, über das ganze Land ausgebreiteten Petitionssturm hat man endlich das Gewünschte erreicht, und heute besitzt England das freie Vereinsgesetz, ja die freiesten Gesetze überhaupt. Daß dem so ist, ist nicht zum wenigsten ein Verdienst der Arbeiterklasse. Nun ist ja allerdings richtig, daß in Deutschland augenblicklich Zustände herrschen, die den englischen zur Zeit der Sozialistenbewegung sehr ähnlich sehen. Die englische Kapitalistenklasse von heute muß die Arbeiter respektiren, weil sie sie fürchten muß. In Deutschland ist das ja allerdings anders. Herr v. Stumm nimmt sogar den Arbeitern ihr freies Selbstbestimmungsrecht, indem er ihnen befiehlt: Sozialdemokratische Zeitungen dürfen in meinem Revier nicht gehalten werden. Haben es denn die Hamburger Unternehmer 1890 anders gemacht? Sie setzten ihre Arbeiter einfach auf die Straße und schwenkten die Hungerpeitsche über sie, weil dieselben sich ersüßten, eigene Anstalten zu haben. Es ist ja nun kein Zweifel, daß wir finstige Staatsanwälte genügend

Verbands-Versammlungs-Kalender.

Table with 4 columns: Ort, Total, Versammlungstag, Beginn. Lists various locations and their respective meeting dates and times.

Die öffentlichen Versammlungen in Leipzig werden eine Woche vorher in der „Buchbinder-Zeitung“ und einen Tag vorher in der „Schäffischen Arbeiterzeitung“ bekannt gegeben.

Korrespondenzen.

Vreslau. Wie die Kollegen aus der Korrespondenz in Nr. 31 unseres Organs erfahren haben, hat sich Herr Rieger, in Firma Schürner, bereit erklärt, mit der Lohnkommission zu unterhandeln.

